

**okay. zusammen wohnen:
Wohnen und Integration
in Vorarlberg**

**Vorstudie zur Programmschiene
&
Ergebnisse des workshops
(27. März 2003, Schloss Hofen, Lochau)**

Eva Grabherr, Kenan Güngör

okay. zusammen leben

okay-Studien, Nr. 1, 2003

Inhalt

1.	Einführung (Eva Grabherr)	3
2.	Vorstudie	5
2.1.	Wohnen und Integration in Vorarlberg – Beobachtungen, grundsätzliche Überlegungen und Rahmendaten (Eva Grabherr, Kenan Güngör)	5
2.2.	Alltagsökonomie in Wohnsiedlungen – ein Potential für Integration durch Integration (Philippe Cabane)	11
3.	Ergebnisse des workshops	14
3.1.	Soziale und auf Gemeinschaft bezogene Aspekte in der Wohnbauarchitektur am Beispiel der Siedlung Bundesstraße 45 a in Fußach (Dietmar Eberle)	14
3.2.	Dokumentation der Arbeitsergebnisse der TeilnehmerInnen des workshops (Simon Burtscher, Eva Grabherr)	18
4.	Zusammenfassende Betrachtung	25
4.1.	Synthese der Vorstudien und workshop-Ergebnisse nach einem Phasenmodell des Planens und Wohnens (Kenan Güngör, Eva Grabherr, Angelika Würbel)	25
	Anhang	29
	Programm des workshops	
	Inhaltsverzeichnis des Readers zum workshop	
	TeilnehmerInnen des workshops	
	AutorInnen/Vortragende	

1. Einführung

okay. zusammen leben

„okay. zusammen leben“ bildet einen Wissens- und Kompetenzort zum Themenkomplex Zuwanderung und Integration in Vorarlberg. Wir bieten Integrationsfachberatung für MultiplikatorInnen, schaffen Rahmenbedingungen für einen Wissens- und Erfahrungstransfer sowie für die Vernetzung der Akteure zum Thema und arbeiten in Kooperation mit anderen Institutionen an konkreten Integrationsprojekten, die zur Erhöhung von Integrationsangeboten im Land beitragen.

Die Projektstelle strukturiert ihre inhaltliche Arbeit in Form von Programmschienen. Eine dieser Schienen ist – unter dem Titel „okay. zusammen wohnen“ – dem Themenkomplex „Wohnen und Integration“ gewidmet. Entwicklungs- und Umsetzungspartner dieser inhaltlichen Schiene ist „base“, das „Büro für Angewandte Sozialforschung und Entwicklung“ in Basel.

okay. zusammen wohnen: Wohnen und Integration in Vorarlberg

Ausgangspunkt für die Entwicklung dieser Programmschiene waren Problemanalysen im Rahmen der Erstellung des Dornbirner Leitbildes, Gespräche mit BürgermeisterIn des Landes im Rahmen der systematisch geführten Bürgermeistergespräche der Projektstelle und Hinweise auf die Wohnunzufriedenheit und Wohnungsprobleme der migrantischen Bevölkerung der Landes in den Gesprächen mit SozialarbeiterInnen der in Vorarlberg aktiven Beratungsstellen. Während auf kommunalpolitischer Ebene das Problem der Konzentration von MigrantInnen in den nach sozialen Kriterien vergebenen Siedlungen der gemeinnützigen Bauträger mit den Folgen der Stigmatisierung dieser Siedlungen und einer Verschärfung der Segregation im Vordergrund stehen, berichten MigrantInnen in Vorarlberg vom Problem, bedarfsgerechten sowie finanziell leistbaren Wohnraum zu finden. Weiters sind sie im öffentlichen Beihilfenwesen von institutioneller und auf dem Wohnungsmarkt von sozialer Diskriminierung betroffen.

Ziele der Programmschiene „Wohnen und Integration“ sind

- die Erarbeitung einer auf Integrationsfragen zielenden Problem- und Handlungsfeldanalyse des Bereichs „Wohnen“ in Vorarlberg als Grundlage für die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen;
- die Sensibilisierung von Entscheidungsträgern und Akteuren des Feldes „Wohnen“ (Politik, Verwaltung, gemeinnützige Wohnbauträger, ArchitektInnen, SozialarbeiterInnen im Siedlungsbereich etc.) für Integrationsfragen sowie die Vernetzung dieser Akteure, und
- die Durchführung konkreter Projekte zur Verbesserung der nachbarschaftlichen und inter-ethnischen Beziehungen in den Wohnanlagen gemeinnütziger Bauträger, die als „Problemsiedlungen“ wahrgenommen werden.

Vorliegende Studie und weitere Schritte im Projektverlauf

Die hier vorliegende Studie dokumentiert die Ergebnisse der Vorstudie zur Programmschiene „Wohnen und Integration“ und des Workshops zum Thema vom 27. März dieses Jahres. Die Vorstudie beruht auf aktuellen Daten, Literatur, Ge-

sprächen mit Entscheidungsträgern und Akteuren des Bereichs sowie Besichtigungen von Siedlungen von September 2002 bis März 2003. Der Workshop fand im Rahmen des Programms „Lebensräume – Lebensträume“ der Bodensee Agenda 21 mit 70 TeilnehmerInnen aus allen für diesen Themenkomplex relevanten Berufsfeldern aus Vorarlberg, aber auch aus der benachbarten Schweiz und Süddeutschland statt. Den Abschluss der Studie bildet eine zusammenfassende Synthese der Ergebnisse von Vorstudie und Workshop, zusammen gefasst nach einem Phasenmodell des Planens und Wohnens.

Die mit dieser Studie vorliegende Problem- und Handlungsfeldanalyse wird – mit ersten Maßnahmenvorschlägen – in einem nächsten Schritt im Rahmen einer Veranstaltung an Entscheidungsträger des Feldes „Wohnen“ aus Politik, Verwaltung und Bauträgerschaft zurück vermittelt. Weiters startet „okay. zusammen leben“ im Herbst 2003 in Kooperation mit dem „Institut für Sozialdienste“ und der Stadt Dornbirn ein konkretes Projekt zur Verbesserung der nachbarschaftlichen und interethnischen Beziehungen in Wohnsiedlungen, dem sich weitere Gemeinden anschließen können.

Eva Grabherr

Dornbirn, September 2003

2. Vorstudie

2.1. Wohnen und Integration in Vorarlberg – Beobachtungen, grundsätzliche Überlegungen und Rahmendaten

Eva Grabherr, Kenan Güngör

Integration als gesellschaftspolitische Querschnittsmaterie

„okay. zusammen leben“ vertritt eine Strategie, die – im Einklang mit den europäischen Debatten zu diesem Thema – die Integration von ZuwandererInnen in unsere Gesellschaft als gesellschaftspolitische Querschnittsmaterie verankern möchte. Dem unterliegt die Einsicht, dass die Menschen, die als „Gastarbeiter“ kamen, geblieben sind und bleiben, und die demographische und wirtschaftliche Entwicklung unserer Länder weitere Zuwanderung von Menschen benötigen und verursachen wird. Die generelle Pluralisierung und Differenzierung unserer Gesellschaft – auch in ethnischer und herkunftskultureller Hinsicht – ist also kein Übergangsphänomen, sondern wird zunehmen und zu einem Zustand der Permanenz.

Das bedeutet, dass der Umgang mit Menschen ausländischer Herkunft nicht mehr allein auf die ordnungspolitische Verwaltung dieser Gruppe reduziert werden kann. Es geht nicht mehr an, deren spezifische Bedürfnisse und Probleme als vorübergehende anzusehen, die in Sonderschienen – auf kurzfristige Perspektive ausgerichtet – zu behandeln sind. Sich auf die Realität einzustellen, dass wir eine „bunte“ Gesellschaft – auch bezogen auf kulturelle und nationale Herkunft – sind und bleiben werden, erfordert auf allen relevanten Ebenen unserer Gesellschaft, in allen ihren Subsystemen (Bildung, Gesundheit, Verwaltung, Politik, aber eben auch Stadtentwicklung und Wohnen)

- die Anerkennung und zukunftsgerichtete Betrachtungsweise dieser Realität,
- Kompetenz für den Umgang mit ihren Erscheinungsformen, und
- die Umsetzung von Maßnahmen in Folge der konsequenten Ausrichtung unserer Systeme und Institutionen auf diese Realität.

Bildhaft gesprochen bedeutet Integration verstanden als gesellschaftspolitische Querschnittsmaterie, dass an vielen Stellen – präventiv – an manchmal großen und auch vielen „kleinen Rädchen“ gedreht werden muss, damit nicht fortdauernd – in Folge der Verweigerung der Anerkennung einer bestimmten Realität – große Probleme entstehen, die hohe Symptomkosten verursachen. Integration als gesellschaftspolitische Querschnittsmaterie verstanden bedeutet, auch die spezifischen Bedürfnisse von MigrantInnen, von Zugewanderten, in den Kanon der legitimen anerkannten Bedürfnisse aufzunehmen, wenn man zum z. B. davon spricht, dass unsere Systeme, sei es das Bildungssystem, der Gesundheitsbereich, die Angebote einer Gemeinde, aber auch der Wohnbau sich an den Bedürfnissen der Menschen, für die diese Systeme da sind, orientieren muss.

Das Ziel von Integrationspolitik in unserem Verständnis ist die Schaffung von Rahmenbedingungen, die eine möglichst hohe gesellschaftliche und politische Teilhabe der länger oder dauerhaft in einem Land lebenden Menschen und einen fairen Zugang dieser Menschen zu den gesellschaftlichen Ressourcen ermöglichen. Dem unterliegt das Verständnis, dass eine bestmögliche Nutzung des humanen Potentials einer Gesellschaft entscheidend ist für die nachhaltige Entwicklung ihres Gesamtwohls und die Sicherung ihres sozialen Friedens.

Priorität der sozialen vor der kulturellen Frage

Ein zweites wichtiges Element unseres Integrationsbegriffs ist die Priorität, die wir der sozialen Frage in diesem Zusammenhang einräumen. In der sozialen Benachteiligung und im schlechteren sozialen Status von AusländerInnen und MigrantInnen liegen wichtige Faktoren für Probleme in Sachen Integration. Wir haben es in Österreich (das gilt aber natürlich auch für Deutschland, die Schweiz und andere europäische Länder) mit einer ethnisch unterschichteten Gesellschaft zu tun: Das heißt: dort wo Armut oder Armutsgefährdung herrscht, werden Sie überrepräsentativ AusländerInnen und MigrantInnen finden. AusländerInnen sind in beinahe allen österreichischen Bundesländern stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als InländerInnen. Der markante Lohnunterschied zwischen InländerInnen und AusländerInnen hat sich in den letzten Jahren in Österreich nicht verringert. Und auch um zu zeigen, dass dieser Zustand sich nicht so schnell verändern wird: Die österreichischen Bildungsdaten zeigen, dass Kinder und Jugendliche von Eltern aus Drittstaaten (also nicht EU- oder EWR-AusländerInnen) primär auf die untersten Bildungsstufen konzentriert sind.

Letzteres zeigt, dass wir das Problem heute auch nicht mehr an der fremden Staatsbürgerschaft festmachen können. Bestimmte Defizite – und der Bildungsverlauf eines Menschen ist hier sicher ein markanter Beleg für diesen Zusammenhang – lassen sich mit dem Wechsel der Staatsbürgerschaft nicht in Luft auflösen. Und auch gesellschaftliche Diskriminierung orientiert sich nicht in erster Linie an Reisepässen, sondern vielmehr am gesellschaftlichen Image und Status von Herkunftsgruppen. Auch für Einheimische wird ein vormaliger Ausländer durch den Wechsel des Reisepasses nicht automatisch zum Inländer. Jene von Ihnen, die mit der Vergabe von Wohnungen oder mit Siedlungen zu tun haben, kennen dieses Phänomen bestimmt. Hier bestimmt der Name darüber, ob man als Ausländer gilt oder nicht; hier entscheiden die Namensschilder am Klingelknopf im Eingangsbereich darüber, ob eine Siedlung als überwiegend von AusländerInnen bewohnt gilt oder nicht.

Auch bei Fragen im Zusammenhang von „Wohnen und Integration“ fokussiert man schnell auf kulturelle Unterschiede als Ursache für Probleme. Die Erklärung der räumlichen Konzentration von AusländerInnen in bestimmten Gebieten wird gerne auf das Bedürfnis dieser Menschen reduziert, unter sich zu sein und bleiben zu wollen. Räumliche Konzentration von Gruppen ist aber in erster Linie immer noch eine Übersetzung sozialer Ungleichheit in die räumliche Dimension. Sie ist bei AusländerInnen auch Ausdruck von Diskriminierungen: Sei es bei der Wohnungssuche auf dem freien Wohnungsmarkt, sei es – wenn auch schon weit weniger als noch vor 10 Jahren immer noch bei der Wohnungssuche auf dem kommunal vergebenen Wohnungsmarkt oder sei es die ungleiche Behandlung von InländerInnen und AusländerInnen aus Drittstaaten, auch wenn sie noch so viele Jahre in diesem Land leben, bei der Gewährung von öffentlichen Wohnbeihilfen. Die schlechtere soziale Situation von AusländerInnen gekoppelt mit Diskriminierung in unterschiedlichster Form bewirkt, dass sie auf dem Wohnungsmarkt nicht die gleichen Chancen haben wie InländerInnen. Es sind also in erster Linie diese sozialen, ökonomischen und rechtlichen Faktoren, die räumliche Konzentrationsphänomene bewirken.

Auch wenn es Probleme und Irritationen in der Wohnnachbarschaft oder in der Siedlung gibt, sind kulturelle Erklärungsmuster schnell bei der Hand. Es ist heute einfacher zu sagen, „Ich habe das und das Problem mit AusländerInnen!“, als „Mich stört Kindergeschrei!“. Letzteres gilt weniger als anerkannte Empörung und Irritation als ersteres. Und letzteres wird auch Politiker und Verwaltungsbeamte

weniger in Bewegung setzen als ersteres. Damit plädieren wir nicht dafür, Erklärungsmuster, die auf die andere Kultur von AusländerInnen als Begründung zielen, von vorne herein nicht ernst zu nehmen. Ganz im Gegenteil: Sie müssen ernst genommen werden, aber mehr in die Richtung, den Dingen, die thematisiert werden, wirklich auf den Grund zu gehen. Es ist ein Plädoyer für den „zweiten“ und „genaueren“ Blick und ein Plädoyer für das genaue Nachfragen. Und vergessen wir nicht, dass es nicht in Wohngebieten des gut situierten Mittelstandes zur räumlichen Konzentration von Familien migrantischer Herkunft kommt, sondern dort, wo auch die sozial Schwächeren der einheimischen Bevölkerung wohnen und leben; an Orten mit Menschen, die es generell schwerer haben, sich mit ihren Anliegen und Problemen Gehör zu verschaffen, weil sie weniger soziales und kulturelles Kapital für die Artikulation ihrer Bedürfnisse und Durchsetzung ihrer Interessen zur Verfügung haben: eine Tatsache, die diese Menschen sehr wohl wahrnehmen.

Rahmendaten zur Wohnsituation von MigrantInnen in Vorarlberg

Die räumliche Verteilung

AusländerInnen leben in Vorarlberg recht gleichmäßig verteilt über die Gemeinden und Städte des Rheintals und des Walgaus. In diesen Tälern lebt rund 80 % der Vorarlberger Wohnbevölkerung auf 10 % der Landesfläche. Die gleichmäßige Verteilung der AusländerInnen in Vorarlberg über die Orte dieses Ballungsgebietes entspricht der guten Verteilung der Betriebsstandorte auf nahezu alle Gemeinden dieses Gebietes. Vorarlberg kennt daher nicht die markante Konzentration von AusländerInnen auf größere Städte und Gemeinden, wie wir sie aus anderen Ländern kennen. Die **Verteilung der ausländischen Wohnbevölkerung** in diesem Land auf Gemeindeebene ist **auffallend gleichmäßig** auch im Vergleich zu anderen österreichischen Bundesländern. (August Gächter, Bevölkerung und Migration. Die Gemeinden Vorarlbergs, Studie im Auftrag von „okay. zusammen leben/Projektstelle für Zuwanderung und Integration“, ab Oktober 2003 abrufbar unter www.okay-line.at)

Die Frage der räumlichen Konzentration von AusländerInnen und MigrantInnen in den einzelnen Städten und Gemeinden in Vorarlberg sind noch nicht auf die gleiche Weise statistisch erforscht wie das Phänomen auf der Landesebene. Genauer wissen wir über Dornbirn, das durch die Erstellung eines Integrationsleitbildes auch über eine bessere Datenlage zu Integrationsfragen verfügt. In Dornbirn wurde die räumliche Verdichtung von MigrantInnen anhand der Anzahl von Kindern migrantischer Herkunft in den Kindergärten und Volksschulen untersucht. Das Ergebnis zeigt, dass es insbesondere in **Stadtteilen mit abgewohnter Bausubstanz** und in solchen mit **Siedlungen gemeinnütziger Bauträger**, deren Wohnungen von den Kommunen nach sozialen Kriterien vergeben werden, zu einer **räumlichen Verdichtung** dieser Bevölkerungsgruppe kommen kann. Das dürfte der generellen Situation in Vorarlberg entsprechen.

Die räumliche Konzentration von MigrantInnen in bestimmten Ortsteilen oder Siedlungen in Vorarlberg erreicht jedoch nicht annähernd das Ausmaß, das wir aus deutschen oder anderen Städten in Europa kennen. Dennoch haben wir in den vielen Gesprächen, die wir in Vorarlberg auf allen Ebenen zu unserem Thema führen, festgestellt, dass das Phänomen der räumlichen Konzentration von MigrantInnen sensibelst und oft auch irritiert wahrgenommen wird: auf politischer Ebene, in den Gemeinden, aber auch in der Bevölkerung.

Die Quelle der nachfolgenden Ausführungen ist der Beitrag von Josef Kohlbacher und Ursula Reeger im ersten österreichischen Migrationsbericht über „Die Wohnsituation von AusländerInnen in Österreich“. (Erscheint in im Herbst 2003 in Heinz Fassmann/Irene Stacher, Hg.: Österreichischer Migrationsund Integrationsbericht, Klagenfurt/Celovec: Drava-Verlag.)

Haushaltsgrößen und Belegungszahlen/Wohnungsanzahl nach Gebäude

Ausländische Haushalte weisen **deutlich mehr wohnende Personen** auf als inländische. Die Belegungszahlen pro Haushalt sind bei AusländerInnen deutlich höher als bei InländerInnen. Deutlich weniger AusländerInnen als ÖsterreicherInnen leben in Vorarlberg in Einoder Zwei-Familienhäusern. **Deutlich mehr AusländerInnen** als ÖsterreicherInnen – gemessen an der Gesamtzahl der jeweiligen Gruppe – leben in Vorarlberg in **Gebäuden mit mehr als drei und bis zu 10 Wohnungen**.

Der Rechtliche Status der Wohnungsinnehabung und Eigentümerschaft des Wohngebäudes

Ausländische Staatsbürger wohnen auch in Vorarlberg **weit mehr in Miete** als österreichische Staatsbürger. Der Anteil derjenigen, die **in Gebäuden Gemeinnütziger Bauträger** leben, deren Wohnungen von den Kommunen vergeben werden, ist in Vorarlberg **bei den Ausländern deutlich höher** als bei Inländern. Interessant in diesem Zusammenhang ist eine weitere Zahl aus einer Österreich-weiten repräsentativen Umfrage des Verbandes der Gemeinnützigen Wohnbauträger aus dem Jahr 2000. Diese weist für die seit 1996 errichteten geförderten Mietwohnungen einen MigrantInnenanteil (ausländische Staatsbürger und Neo-Österreicher) von 20 % (Tendenz steigend) aus.

Wohnstandard und finanzieller Wohnaufwand

Der Wohnstandard ist in Vorarlberg bezüglich unserer Frage keine so aussagekräftige Größe (wie bsw. in Wien), da es in diesem Bundesland nur eine schwindend geringe Anzahl von Wohnungen der Kategorien C und D (niedrigster Standard) gibt. Dennoch ist auch für Vorarlberg deutlich belegt, dass prozentuell gemessen an der jeweiligen Gruppe **deutlich mehr AusländerInnen in Wohnungen der Ausstattungskategorie B leben als InländerInnen** und deutlich mehr InländerInnen in Wohnungen der Kategorie A als AusländerInnen.

Weiters haben ausländische Familien einen **höheren finanziellen Wohnaufwand** zu tragen als inländische Familien. In Vorarlberg tragen AusländerInnen einen monatlichen Wohnungsaufwand pro Haushalt von 444,39 Euro, InländerInnen demgegenüber von 395,34 Euro. Dieser Unterschied gewinnt an sozialer Schärfe, wenn man bedenkt, dass MigrantInnen in Vorarlberg wie im gesamten Bundesgebiet sozial nachweisbar schlechter gestellt sind als InländerInnen (gemessen u. a. an Indikatoren wie Bildungsniveau, Einkommen und Arbeitslosigkeit). Weiters relevant für diesen Zusammenhang ist, dass derzeit nur zwei Bundesländer in Österreich bei der öffentlichen Wohnungsbeihilfe nicht zwischen InländerInnen und AusländerInnen unterscheiden: Wien und die Steiermark. In Vorarlberg erhalten InländerInnen, wenn sie den sozialen Kriterien entsprechen, „Wohnbeihilfe“, die ausländischen Haushalte einen „Wohnungszuschuss“. Der **„Wohnungszuschuss“** fällt auch bei gleicher sozialer Ausgangslage von Familien **geringer** aus als die „Wohnbeihilfe“, resp. müssen ausländische Familien eine schlechtere soziale Situation aufweisen, um überhaupt für öffentliche Unterstützung im Wohnbereich berechtigt zu sein als inländische. Der höhere finanzielle Aufwand für Wohnen trifft bei ausländischen Familien also zusammen mit einer Benachteiligung im öffentlichen Beihilfenwesen.

Zusammenfassung der statistischen Ergebnisse

AusländerInnenhaushalte zeichnen sich im Vergleich zu Haushalten von InländerInnen durch schlechtere Wohnstandards (in Vorarlberg nicht so relevant wie in größeren Städten Österreichs), stärkere Unterversorgung mit Wohnraum (Thema Belegungszahlen) und überproportional hohe Wohnkosten (für Vorarlberg markant) aus.

Es ist also nicht verwunderlich, wenn die repräsentative Umfrage, die im Jahr 2002 im Rahmen des Dornbirner Integrationsleitbildes unter der inländischen wie ausländischen Wohnbevölkerung der Stadt gemacht wurde, bei ausländischen Dornbirnern eine stärkere Unzufriedenheit mit der Wohnsituation aufweist als bei den

österreichischen Staatsbürgern. Auch die Beratungsstellen für AusländerInnen in Vorarlberg verweisen kontinuierlich auf das ihnen zurück gemeldete Problem des Mangels an passendem und zugleich leistbarem Wohnraum.

Diskriminierung

Die oben erwähnte Dornbirner Umfrage fragte MigrantInnen auch nach den Bereichen, in denen sie Diskriminierung erfahren haben. Der **Wohnbereich verzeichnet** dabei eine sehr **hohe Nennung**; eine weit höhere als der Bereich des Arbeitsplatzes. Das korrespondiert mit Umfragen in Wien und anderen österreichischen Städten: Im Wohnbereich erleben MigrantInnen sehr häufig Diskriminierungserfahrungen (häufiger als am Arbeitsplatz), und zwar weniger in der Wohnnachbarschaft, als viel mehr stark im Bereich der Wohnungssuche und im Umgang mit Institutionen. (Siehe dazu Josef Kohlbacher/Ursula Reeger (2002): Ethnische Segregation aus der Perspektive der Migranten – gruppenspezifische Einstellungen, Wahrnehmungen und Erfahrungen von Ausländern in Wien, in: Heinz Fassmann/Josef Kohlbacher/Ursula Reeger, Hg. (2002): Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich, Klagenfurt/Celovec: Drava-Verlag, 233-255.)

Conclusio

Mittelfristig kann es beim Thema „Integration“ nur darum gehen, auf allen relevanten Ebenen einer ethnischen Unterschichtung unserer Gesellschaft – also dem „Automatismus“ des Zusammenhangs von Ethnie und sozial marginaler Stellung – entgegen zu arbeiten. Damit arbeiten wir auch am nachhaltigsten der Konzentration entgegen, die so viel Unbehagen erzeugt: Im Räumlichen, aber auch im Sozialen. Das geht nicht von heute auf morgen und braucht als Voraussetzung politische und gesellschaftliche Überzeugungsarbeit. Beginnen muss man jedoch damit, die zentralen Problemzusammenhänge zu erkennen und sich nicht durch einfache und nicht zutreffende Erklärungsmuster ablenken zu lassen.

Weiters geht es um die Anerkennung, dass wir eine Gesellschaft mit Zuwanderung sind (eine Gesellschaft, die Zuwanderung gebraucht hat und noch immer braucht). Wir müssen anerkennen, dass die Menschen, die hier her kommen und legal hier leben, legitime Erwartungen an unsere Systeme richten dürfen, ihren Bedürfnissen entgegen zu kommen; so, wie eine Gesellschaft berechtigt ist, gewisse Dinge auch von allen Mitgliedern einzufordern. Eine solche Ausrichtung der Systeme stützt nicht zuletzt Menschen darin, eigenständig und selbsttätig für ihr Leben sorgen und es gestalten zu können.

In kurzfristiger Perspektive geht es darum, eine erhöhte Aufmerksamkeit für den Kontaktbereich zwischen Einheimischen und MigrantInnen v. a. in sozial schwächeren Milieus zu entwickeln und in die soziale Qualität dieser Lebens- und Wohnräume zu investieren. Das ist auch eine Investition in die Aufrechterhaltung unseres gesellschaftlichen Ethos der Chancengleichheit und damit in den nachhaltigen Erhalt des sozialen Friedens.

2.2. Alltagsökonomie in Wohnsiedlungen – ein Potential für Integration durch Integration

Philippe Cabane

Die typische Wohnsiedlung im mitteleuropäischen Raum orientiert sich am Muster der strikten Trennung von Wohnen und Marktplatz. Wohnen konzentriert sich auf den privaten Bereich, während sich der Marktplatz, Symbol des öffentlichen Lebens schlechthin, weitab vom Wohnen befindet. Öffentliches Leben bleibt so auch in den meisten Wohnsiedlungen auf den Spielplatz beschränkt, obwohl auch andere Formen öffentlichen Lebens denkbar wären.

In großen Teilen der Welt ist Wohnen traditionsgemäß direkt an verschiedene wirtschaftliche Tätigkeiten in und um den Haushalt gekoppelt. Der historische Typus des südostasiatischen Wohnhauses hat beispielsweise – ähnlich einer Garage – ein zur Straße offenes Erdgeschoss und zwei darüber liegende Schlafräume. Das Erdgeschoss ist Produktions-, Wohn-, Kinderbetreuungs-, Verkaufs-, Aufenthaltsraum und Küche in einem. Zur Straße hin stehen vielleicht noch zwei bis drei Tische mit ein paar Stühlen um allenfalls noch einfache Gerichte anzubieten. Bei diesem Typus handelt es sich jedoch nicht ausschließlich um ein «exotisches Phänomen». Eine Untersuchung von Dagmar Richer in einer Plattenbausiedlung aus DDR-Zeiten hat zu Tage gebracht, dass in einer Vielzahl von Garagen wirtschaftlichen Tätigkeiten nachgegangen wird. Offenbar handelt es sich mehr um ein Armutspänomen als um eine Frage der unterschiedlichen Kulturen.

Die Bedeutung dieses Phänomens ist eine mehrfache: Zunächst einmal handelt es sich um eine Form von Alltagsökonomie, die den für das Leben notwendigen Zusatzverdienst (bei uns wäre es ein Sozialbeitrag) ohne Kapitalrisiko ermöglicht. Zudem genießt die Alltagsökonomie eine kulturübergreifende Anerkennung, gerade weil der Verkauf von Produkten oder das Angebot an kleinen Dienstleistungen ein allgemein übergreifendes und für alle verstehbares Prinzip darstellt. (Viel schwieriger zu verstehen sind dem gegenüber die von den politischen Institutionen getragenen Integrationsmaßnahmen.)

Integration und nachbarschaftlicher Alltag

Integrationspolitik ist stärker von Mechanismen der Institutionalisierung geprägt als vom realen Feld sozialer Integration, dem Lebensalltag. Sowohl die Problemwahrnehmung als auch die Lösungsansätze konzentrieren sich meist stärker auf institutionelle Fragen und institutionelle Formen der Integration. Beispiele dafür sind «Sprachschulung» oder «Informationsstellen». Natürlich handelt es sich hier um zentrale Voraussetzungen, die auf keinen Fall vernachlässigt werden dürfen. Im Zusammenhang mit dem Wohnen öffnen sich jedoch neue Perspektiven.

Die Integration in einer Nachbarschaft erfolgt in ganz alltäglichen Dingen und unmittelbaren Notwendigkeiten wie etwa dem Gießen der Pflanzen während der Ferienabwesenheit. Natürlich ist es schwieriger, wenn unterschiedliche Kulturen im Spiel sind, aber es braucht immer einen gemeinsamen Grund, sich einem Gegenüber zu öffnen, sei dies nun ein Ausländer oder ein Punk. Im Alltag beginnt ein Gespräch, können sich Menschen über einen äußeren Grund kurz finden, austauschen oder ihn kommentieren. Gerade in solch banalen Situationen und Gefühlen realisiert sich soziale Integration. Probleme zwischen Eltern und Kindern sind wohl

ähnlich auf der ganzen Welt und sollten immer ein Grund sein, sich näher zu kommen. Auch Tiere können eine entscheidende Rolle spielen und speziell der bereits erwähnte Handel mit Gütern aus der fernen Heimat öffnet ganz entscheidende Möglichkeiten für den Abbau von Vorurteilen. Im Wohnalltag bieten sich zahlreiche Chancen, solche kleinen Gelegenheiten zu schaffen und über eine scheinbar unwichtige Alltäglichkeit den Nachbarn eine wenig riskante Möglichkeit zu bieten, im realen sozialen Alltag fast schon subversiv die von den Codes des politischen Systems gesteuerten Problemdefinitionen zu überwinden.

Alltagsökonomie in Wohnsiedlungen – ein Integrationspotenzial

Die meist informellen und gelegentlichen alltagsökonomischen Prozesse sind auf kleine soziale Netze wie Nachbarschaft oder Freundeskreis optimiert und sind unter den strukturellen Bedingungen einer formellen Ökonomie überhaupt nicht überlebensfähig. Im engeren Kontext eines Kreises von Bekannten oder Nachbarn spielen sie eine wichtige sozio-ökonomische Rolle und tragen zur Verbesserung integrativer Prozesse bei. Nehmen wir das Beispiel einer gut funktionierenden Nachbarschaft, wo sich ein Junge seinen Game Boy damit verdient, dass er der gehbehinderten Nachbarschaftsfrau gegen ein Taschengeld diese und jene Besorgung erledigt. Würde ein solcher Dienst durch ein professionelles Unternehmen angeboten, wären die Kosten für die gehbehinderte Frau (bzw. für das Sozialwesen) um ein Mehrfaches höher. Gleichzeitig wäre auch eine Chance für soziale Kontakte innerhalb der Nachbarschaft verspielt. Ähnlich verhält es sich bei dem oben erwähnten Beispiel für die Rolle der Nachbarschaftshilfe bei Ferienabwesenheit. Zur Alltagsökonomie gehören auch die Tupper-Ware-Parties und alle ähnlichen Formen von Verkauf in der eigenen Wohnung an einen eingeladenen Kreis. Das einfachste und bekannteste Beispiel eine öffentliche Plattform zu schaffen, wo Nachfragen und Angebote mitgeteilt werden können, ist das Anschlagbrett. Es ist preisgünstig in der Anschaffung, kostenlos für die Benutzer und Benutzerinnen und bringt Bedürfnisse und Angebote unbürokratisch und schnell zueinander. Vielleicht ist das Anschlagbrett ein erster Schritt zu öffentlichen und integrativen Formen des gelegentlichen Anbietens von Waren und Dienstleistungen. Natürlich sind es nicht nur die bereits bekannten Formen von kultur-übergreifenden Universalien des Alltags wie Mittagstische, Kinderkrippen und Quartierläden. Auch das Auto ist ein kultur-übergreifendes Universal, so könnte eine betreute Autowerkstätte, wo Platz, Spezialwerkzeug und guter Rat stundenweise gemietet angeboten werden, zum beliebten Treffpunkt werden.

Plädoyer für die öffentliche Bedeutung des Erdgeschosses

Wie weit die Architektur einen Beitrag zu solchen integrativen Prozessen leisten kann, sei hier dahingestellt. Vielmehr stellt sich die Frage, wo bei der Konzeption von Wohnsiedlungen Flächen für die erwähnten alltagsökonomischen und sozialen Aktivitäten ausgeschieden werden können. Von eminenter Bedeutung sind die Erdgeschosse. Aus wirtschaftlichen und/oder zonenrechtlichen Erwägungen werden leider auch die Erdgeschosse mit Wohnungen aufgefüllt. Und zusammen mit den von Thujen gesäumten Vorplätzen privatisieren sie nicht nur den der Wohnung zugeordneten privaten Bereich, sondern drücken sich auch entsprechend auf den umliegenden öffentlichen Raum aus. An Stelle dieser recht unbefriedigenden Situation würde sich das Erdgeschoss als Plattform für die erwähnte Alltagsökonomie eignen. Eine Voraussetzung jedoch wäre, dass diese Flächen analog der umliegenden Freiflächen vom Zwang der Rentabilität befreit würden und den Bewohnern für

Aktivitäten mit öffentlichem Bezug überlassen würden. Wie genau und mit welchen Aktivitäten sich der gewonnene Raum füllen ließe, wäre in einem moderierten Prozess von den Bewohnern und Bewohnerinnen als die zentralen Akteure ihrer eigenen sozialen Integration selbst zu bestimmen.

(Dieser Beitrag entstand als Kommentar auf die Präsentationen und Diskussionen der Workshop-Veranstaltung am 27. März 2003 in Schloss Hofen.)

3. Ergebnisse des Workshops

3.1. Vortrag: Soziale und auf Gemeinschaft bezogene Aspekte in der Wohnbauarchitektur am Beispiel der Siedlung Bundesstraße 45 a in Fußach

Dietmar Eberle

(Gemeinnütziger Bauträger der Siedlung Bundesstraße 45 a in Fußach mit 11 Wohnungen ist die Alpenländische Heimstätte. Die Wohnungen wurden von der Gemeinde nach sozialen Kriterien zugewiesen. Die Anlage war von vorneherein für eine Belegung mit ausländischen Familien geplant. Derzeit leben neun türkeistämmige Familien in der Anlage sowie eine Familie serbischer und ein Mieter österreichischer Herkunft.

Für unseren Zusammenhang interessant ist insbesondere der dem Bauen dieser Siedlung vorangegangene Prozess und dessen Ergebnisse: Das Architekturbüro wünschte eine Einbeziehung der zukünftigen BewohnerInnen und wurde von der Gemeinde und dem Bauträger in diesem Anliegen unterstützt. Die Ergebnisse aus den Gesprächen und der Befragung sind in die Planung der Siedlung eingeflossen. Die Feststellung weit höherer Belegungszahlen für diese Wohnungen, die sich aus den Gesprächen und der Befragung ergab, wurde bsw. in der Weise berücksichtigt, dass die Küche nicht in den Wohnzimmerbereich integriert sondern als abgetrennte Wohnküche gestaltet wurde. So konnte ein weiterer abgeschlossener Raum gewonnen werden, der auch als Schlafzimmer dienen kann. Weiters kam es zu einer Neuplanung des Terrassenbereichs. Dieser wurde mit weniger Einsicht von außen als ein weiterer Rückzugsbereich geplant. Die Wände sind so ausgeführt, dass der Wohnungsgrundriss entsprechend sich verändernder Familienverhältnisse abgeändert werden kann. Der Erschließungsbereich der Siedlung, insbesondere das Treppenhaus, wurde für eine mögliche gemeinschaftliche Nutzung durch die BewohnerInnen großzügig geplant.

An diesem – gemessen an der Zahl der Wohnungen – kleinen Siedlungsbauprojekt lässt sich paradigmatisch nachvollziehen, was Integrationspolitik in Bezug auf ZuwandererInnen in einer Gesellschaft heißen kann und soll: Gefragt ist nicht die Schaffung von Sonderschienen für die Betreuung dieser gesellschaftlichen Gruppe, gefragt ist vielmehr ihre Einbeziehung und die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse in den allgemeinen Gestaltungs- und Handlungsrahmen unserer Gesellschaft. Beteiligungsorientierung in der Planung, Kommunikation mit den zukünftigen BewohnerInnen und die Erhebung von deren Bedürfnissen wird derzeit generell und abseits jeglicher Debatte zur Integration von ZuwanderInnen als Element innovativen Planens und Bauens diskutiert. Das Besondere an diesem Fußacher Bauprojekt ist die Einbeziehung einer real wie auch mental in unserer Gesellschaft noch wenig bis kaum einbezogenen Gruppe in einen solchen Beteiligungsprozess. Zeitgemäße Integrationspolitik fordert nichts anderes als eben die Aufnahme von ZuwandererInnen und MigrantInnen in den „Katalog“ der Gruppen, deren spezifische Bedürfnisse in der Gestaltung unserer Gesellschaft als legitim anerkannt und daher berücksichtigt werden.

Darüber hinaus unterstützt Beteiligung eine positive Identifikation mit der Sache, an der man sich beteiligt hat, und die Übernahme von Verantwortung für diese Sache. Auf der Einsicht in diese Dynamik beruht nicht zuletzt die demokratische Ausrichtung unseres Gemeinwesens. Wer eine Führung durch die Fußacher Siedlung mit der dortigen Vertrauensperson, Frau Jücel, erleben durfte, hat ein Bild davon,

wie Beteiligung und Einbeziehung zur Identifikation seiner BewohnerInnen mit ihrer Wohnanlage führen kann. Anm. d. Red.)

Ich werde mich jetzt sehr bemühen, Ihnen in 15 Minuten soviel wie möglich zu sagen. Es gibt zwei Randbemerkungen, die ich machen möchte, als Ergänzung zum vorher gesagten: Die erste: Ich war immer sehr stolz darauf, dass es keine Vorarlberger gibt. Die Relation derjenigen, die durch die Geschichte hindurch einen „vorarlbergischen Stammbaum“ nachweisen können, ist im Verhältnis zu den anderen nämlich viel zu klein. Vorarlberg ist eben ein klassisches Einwanderungsland. Ich finde es auch gut, dass die Politik das jetzt zum Thema macht. Vielleicht etwas zu spät oder vielleicht auch zu einem Zeitpunkt, an dem es gar nicht mehr so wichtig ist. Aber das ist eine andere Frage.

Die zweite Sache, die mir bei dieser ganzen Integrations- und Einwanderungsproblematik auffällt – und das ist vielleicht nur für Nicht-Vorarlberger interessant: In allen Berichten, und ich habe es hier auch wieder gelesen, wird erklärt, in Vorarlberg ist die Einwanderung vor allem eine Folge des wirtschaftlichen Wachstums und der Tüchtigkeit. Aber ich möchte immer daran erinnern: Eine der größten Einwanderungswellen, die wir in Vorarlberg innerhalb von zwei Jahren gehabt haben, war eine politische. Es waren die Südtiroler in den Jahren 1939 bis 1941. Und ich glaube, diese Einwanderung war ja sehr problematisch, weil sie nicht nur in einer wirtschaftlich äußerst fragilen Situation stattgefunden hat, sondern weil aufgrund ihrer ganz spezifischen politischen Vergangenheit, nämlich ihrer Bereitschaft, aus Südtirol auszuwandern, auch jahrzehntelang eine starke politische Stigmatisierung der Menschen vorhanden war, sowohl in ihrem Herkunftsland als auch hier.

Ich möchte hier einfach nur als Randnote anmerken, dass heute Südtirolersiedlungen ganz beliebte, hochwertige und sanierungsfähige Wohnbaugebiete sind. Das ist vielleicht eine Ironie der Geschichte, dass das, was man im Krieg sozusagen als Notunterkünfte gebaut hat, heute eigentlich zur nachhaltigsten Bausubstanz zählt.

Eine zweite Randbemerkung, die ich auch machen muss, ist folgende: Ich habe persönlich ein paar tausend Wohnungen gebaut, in unterschiedlichsten Gegenden auf dieser Welt. Auch in Vorarlberg sind es, ich weiß nicht genau, wie viele, aber etliche hundert. Und ich habe immer die Philosophie vertreten, wenn man für Leute Wohnungen bauen will, ist es am einfachsten, man redet mit den Leuten. Mit denen, welche die Wohnungen nachher benutzen, betreiben sozusagen ... oder sich zumindest ein paar Jahre damit ärgern müssen. Wir haben ja gerade im Wohnbau immer das Problem, dass es so schwierig ist, mit den Leuten zu reden, die es wirklich betrifft, weil aufgrund der wirtschaftlichen Organisationsstrukturen wegen der zeitlichen und ökonomischen Dimensionen so viele Ebenen (von beamteter Besserwisserie bis zu wohl verstandenen Rentabilitätsinteressen) dazwischen stehen. Aber wir haben immer wieder versucht und es ist uns auch gelungen, Konstellationen herbeizuführen, mit den Leuten, die es betrifft, direkt sprechen zu können.

Ich fühle mich heute ganz jugendlich romantisch. Die Veranstaltung erinnert mich nämlich an meine architektonisch-politische Jugend, die vor 25 Jahren war. Wir waren sehr stolz darauf, nur Wohnbauten gemacht zu haben, die direkt von den Leuten, für die sie waren, selbst bestimmt, mitbestimmt und nicht fremdbestimmt waren. Vor diesem Hintergrund ist das, was wir in Fußach gemacht haben, relativ einfach zu verstehen. Wir haben uns gesagt, jetzt bauen wir für die „Gastarbeiter“

so, wie sie es wollen. Und wir haben uns die Mühe gemacht zusammen mit dem Wohnungsamt der Gemeinde Fußach, die Leute auf den Wohnungslisten anzuschreiben und sie zu Veranstaltungen einzuladen, und wir haben an sie Fragebögen verteilt und ihnen gesagt, sie sollen uns sagen, was sie wollen und brauchen. Für uns war das hoch spannend und interessant, wobei ich sagen muss, dass wir bereits über langjährige Erfahrung mit der Integration von so genannten A-Gruppen [sozial benachteiligte Gruppen, Anm. d. Red.] in Wohnbauprojekte verfügt haben, die ja nicht nur ausländisch sein müssen.

Und was wir dann in der Zusammenarbeit mit diesen Leuten gemerkt haben, das ist zum Teil das, was statistisch feststellbar ist. Erstens: Die Wohnungsbelegungsdichte ist wesentlich höher als wir das gewohnt sind. Das heißt einfach, für den einzelnen Bewohner einer solchen Wohnung stehen wesentlich weniger Quadratmeter Fläche zur Verfügung. Die zweite Sache, die uns ganz wesentlich war in diesem Zusammenhang: Es ist sozusagen kein Familienwohnen in unserem Sinne, wie ja unsere ganze Wohnbaupolitik des 20. Jahrhunderts auf die Kleinfamilie hin orientiert war, sondern es ist ganz klar eine Mehr-Generationen-Wohnung. Im Normalfall wurde angegeben, dass zwei, aber öfter auch drei Generationen gleichzeitig in den Wohnungen leben wollten. Und das ist ein ganz großer Unterschied zu dem, wie wir als anständige Mitteleuropäer, die sowieso wissen, wie man zu leben hat auf der Welt, uns das Wohnen vorstellen. Aus diesem Mehr-Generationen-Zusammenleben auf kleinem Raum ergeben sich ganz andere Wertvorstellungen. Das waren Ergebnisse aus dieser Zusammenarbeit mit den vor allem türkischen zukünftigen BewohnerInnen.

Die dritte Sache, die auch ganz wichtig ist (Ich finde die so fortschrittlich im Vergleich zu uns): Es spielt die gute Stube oder der repräsentative Wohnraum keine Rolle. Das ist kein Bedürfnis. Das ist etwas, was uns sehr irritiert hat am Anfang, weil ja unsere westeuropäische oder unsere vorarlbergerische Wohnungsgeschichte – überhaupt die ganze des 20. Jahrhunderts – sich sozusagen um die Idee der guten Stube oder des Wohnraums dreht. Der einzige Wohnraum, der repräsentativ ist, der die Wertvorstellungen vermittelt – man zeigt ja niemandem das Schlafzimmer –, das Wohnzimmer, das muss schon etwas hermachen. Sie erinnern sich, dass die Möbelindustrie davon gelebt hat, dass neben der Küche bei schlechten Beziehungen die teuersten Teile die Wohnzimmerverbauten waren, für die die Leute bereit waren, am meisten Geld auszugeben. (Ich baue im Moment übrigens gerade in China und da bin ich auf eines draufgekommen: Die zeigen auch die Schlafzimmer her. Das hat ganz fürchterliche Konsequenzen. Aber das ist auch nur wieder eine Fußnote hier.)

Also was in Fußach ganz wichtig war: Der Herd war in einem ganz traditionellen Sinn, als Kochstelle, das Zentrum der Wohnung. Das ist der Ort der Öffentlichkeit, das ist der Ort der Begegnung, und das ist nichts, das man irgendwie verstecken muss, was man hinter Vorhängen, Schiebewänden oder Einbauten hinter sich bringt, sondern dort findet das soziale Leben statt. Und es ist vielleicht für unsere Verhältnisse etwas archaisch, aber ich finde es wahnsinnig praktisch, es ist irgendwie ganz einfach.

Und noch etwas ist ganz wichtig gewesen: Wenn man mit diesen Leuten über ihre ästhetischen Wertvorstellungen geredet hat, dann ging es darum, dass es ein möglichst hohes Maß an Normalität besitzt. Das ist auch etwas, was ich bei allen sozialen Randgruppen immer beobachtet habe, dass jede soziale Schicht sich zuerst einmal an den ästhetischen Wertvorstellungen der nächsthöheren Schicht orientiert. Und diese Ausgangssituation hat ja in der Kulturgeschichte in Europa zum

Phänomen des Kitsches geführt. Der Kitsch ist im Normalfall gar nichts anderes als die versuchte Kopie, sich mit geringeren ökonomischen Mitteln zu einer anderen sozialen Ebene zugehörig zu deklarieren. Das ist keine sehr spezifische Problematik, sondern ein generelles Phänomen, das wir auch in unseren normalen europäischen Gesellschaften mit ihren unterschiedlichen sozialen Schichten haben; und diese ästhetische Emanzipation, das ist sozusagen der Hintergrund für die Geschichte des Kitsches, den wir ja sonst oft etwas belächeln und nicht so ganz genau verstehen. Also es ist vielleicht auch aus diesem Zusammenhang heraus verständlich, warum diese ganzen Holzimitate von deutscher Eiche und die Firma Portas so erfolgreich waren; man konnte sich auf einmal deutsche Eiche leisten ohne sie bezahlen zu müssen. Und dabei war sie noch abwaschbar. Lauter ganz praktische, große Vorteile. Ich wollte nur in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass dieses Maß an Normalität, über die sich die soziale Integration definiert, eine ganz wichtige ästhetische Anforderung ist. Und dann steht man, wenn man das Ganze ernst nimmt, vor einer relativ einfachen Aufgabe; man muss was ganz anderes bauen, aber es soll möglichst normal ausschauen. Und das ist dann in einer gewissen Weise die Problemstellung.

Natürlich kann man generell darüber diskutieren, warum man überhaupt einen Wohnbau für eine spezifische soziale Gruppe macht. Darüber kann man ja ganz unterschiedlicher Meinung sein, speziell wenn man das Wort Integration betrachtet. Ich denke, beim Wort Integration ist eines sehr wichtig – Integration ist für mich ohne eine entsprechende Maßstabsdiskussion ein relativ inhaltsloses Wort. Ich glaube, dass es bei der Integration immer um das Feststellen der Bezugsebene geht, um schlussendlich gültige Aussagen zu machen. Und es geht sicher nicht um Integration bis zur Einrichtung der Toiletten und andere Dinge, sondern ich glaube, dass die Gesellschaften dann langfristig gut funktionieren, wenn sie einem möglichst hohen Maß unterschiedlicher sozialer Gruppen ihre eigenen Identitäten zubilligen. Und dieses Nebeneinander von unterschiedlichen Identitäten, das ist wahrscheinlich die Form von Integration, für die ich stehen würde oder die ich für langfristig sinnvoll erachte.

Ich denke, dass diese Form von Integration besonders sinnvoll ist, auch deswegen, weil ja in unserem gesellschaftlichen Umfeld die Entwicklung stattfindet, dass die bisher ganz klassisch anhand der Einkommensstrukturen definierten sozialen Schichten sich immer mehr auflösen und ersetzt werden durch anhand kultureller Phänomene definierter sozialer Gruppen. Das heißt, was wir immer noch klassisch aus der Industriegesellschaft kennen, diese Teilung der Gesellschaft in drei bis vier Schichten, wird sich immer mehr auflösen, und eigentlich konstituieren nicht mehr die Einkommensstruktur die Identität, sondern immer stärker kulturelle Dimensionen. Ich will es an einem ganz einfachen Beispiel zeigen: Es gibt in Zürich ein Wohnprojekt für Harley-Davis-Fans. Das wäre vor zehn Jahren noch vollkommen unmöglich gewesen. Es gibt sicher eine ganz große Gruppe, für die ihre Harley und der damit verbundene Lebensstil ein wichtigeres Moment für Identifikation ist, als ihre Existenz als Arbeiter, Angestellte oder Selbstständige. Und das ist so ein Phänomen, von dem ich denke, dass wir es noch nicht wirklich reflektieren, das uns aber ganz interessante neue Perspektiven eröffnet.

(Die Beschreibung der Fußacher Siedlung anhand von Grundrissplänen wurde nicht auf Band aufgenommen und kann hier nicht wiedergegeben werden. Weitere Information im Büro Baumschlager/Eberle: office@be-g.com)

3.2. Dokumentation der Arbeitsergebnisse der TeilnehmerInnen des Workshops

Simon Burtscher, Eva Grabherr

Am Workshop zum Thema „Wohnen und Integration“ nahmen über 70 TeilnehmerInnen aus diversen für Wohnen und Integration relevanten beruflichen Feldern teil: Architektur, Stadtplanung, Raumplanung, Vertreter Gemeinnütziger Bauträger, Gemeinwesenarbeit, Sozialarbeit, Gemeindepolitik und -verwaltung, Landespolitik und -verwaltung etc. (Die TeilnehmerInnenliste findet sich im Anhang.) Ein Ziel der Veranstaltung war, in Workshops eine Problemanalyse und Lösungsansätze auf der breiten Basis der anwesenden ExpertInnen und Beteiligten zu erarbeiten. Das vorliegende Ergebnispapier zeugt von der Expertise und dem Problembewusstsein dieses breit gefächerten Teilnehmerspektrums.

Eingeleitet wurde die Veranstaltung mit Fachvorträgen österreichischer und Schweizer ExpertInnen. In der Folge arbeiteten die Workshop-Gruppen 1 1/2 Stunden konkret zu den Fragen:

Wo liegen Ihres Erachtens die zentralen Problem- und Handlungsfelder im Bereich Wohnen, Wohnumfeld und Integration (Problemanalyse)?

Wo sehen Sie mögliche Lösungsansätze bzw. Maßnahmen? Welche Akteure bzw. Institutionen sind dafür primär zuständig? (Ideen- und Maßnahmensammlung)

Die Ergebnisse wurden auf Flipcharts gesammelt und thematisch grob geordnet. Die Projektstelle dokumentierte diese Ergebnisse, verdichtete sie und entschied sich für eine inhaltlich-thematische Strukturierung der Ergebnisse auf folgenden Ebenen:

- **Institutionelle Ebene**
- **Sozialräumliche Ebene**
- **Kulturelle Ebene**

Wenn inhaltlich sinnvoll, wurden einzelne Problembeschreibungen und Lösungsansätze auch mehreren Themen zugeordnet.

In Vorarlberg wird das Thema „Wohnen und Integration“ vorrangig für den Bereich der gemeinnützigen Siedlungen diskutiert, deren Wohnungen von den Gemeinden nach sozialen Kriterien zugewiesen werden. Hier kommt es fallweise zu einer Konzentration von Familien migrantischer Herkunft über ihren generellen prozentuellen Anteil an der Vorarlberger Wohnbevölkerung hinaus. Darauf beziehen sich auch viele der Problemanalysen und Lösungsansätze der Arbeitsgruppen, ohne dass in jedem Fall explizit darauf hingewiesen wird.

Weiters zeigt die Dokumentation der Ergebnisse, dass aufgrund der begrenzten Zeit, die den Arbeitsgruppen zur Verfügung stand, zwar die Problemanalyse differenziert angegangen werden konnte, nicht jedoch die Erarbeitung von Lösungen.

A. Institutionelle Ebene

A.1. Wohnungszuteilung, Durchmischung

Problemfelder: Schlechte Integration in bestehende Strukturen, Benachteiligung, Konzentrationstendenzen

Genannt wurden bestehende Machtstrukturen als generelles Problemfeld und der schlechtere Zugang von MigrantInnen zu diesen bestehenden Machtstrukturen. Gute Beziehungen (zu Politik und Verwaltung) seien bspw. wichtig im Bereich der Zuteilung von Wohnungen über die Kommunen, und über diese würden ZuwandererInnen weit weniger verfügen.

Die TeilnehmerInnen verwiesen darauf, dass im Bereich der gemeinnützigen und von Kommunen nach sozialen Kriterien zugewiesenen Wohnungen die Zahl der Wohnungssuchenden aus Drittstaaten (aufgrund der schlechteren soziökonomischen Ausgangssituation dieser Gruppe sowie ihrer Benachteiligung auf dem privaten Wohnungsmarkt) im Steigen begriffen ist und das zu problematischen Konzentrationen führen kann.

Bezüglich der Durchmischung wurde angemerkt, dass dort, wo überwiegend MigrantInnen wohnen, auch oft sozial schwächer gestellte ÖsterreicherInnen leben. Es ist also eine Konzentration von Benachteiligten festzustellen. Diese Tendenz zur sozialen und ethnischen „Ghettoisierung“ wurde allgemein als problematisch anerkannt.

Lösungsansätze: Wohnungsvergabe, Umstrukturierung der Förderpolitik

Über die Wohnungsvergabe, aber auch über die Förderpolitik im sozialen Wohnbau sollte die soziale und ethnische Durchmischung gefördert werden. Eine Umstrukturierung der Wohnbauförderung mit dem Ziel einer besseren sozialen Durchmischung wurde als konkrete Maßnahme vorgeschlagen. Was genau unter einer sinnvollen Durchmischung verstanden werden kann, konnte im Rahmen der Workshops nicht weiter geklärt werden.

Weiters wurde der Bau von ethnisch gemischten Siedlungen – im Sinne von bewusstseinsbildenden und ein positives Image fördernden Modellprojekten vorgeschlagen. (Bsp. „Interethnische Nachbarschaft“. Ein experimentelles Wohnprojekt der Gemeinnützigen Wohnungsaktiengesellschaft Sozialbau in Wien.)

Im Bereich der über die Gemeinden vergebenen Wohnungen gemeinnütziger Bau-träger verwiesen die TeilnehmerInnen auf das Problem der langen Wartezeit auf diese Wohnungen.

Für große Siedlungen wurde ein Bürgerbüro gefordert.

A.2. Sozioökonomische Ausgangslage, soziale und institutionelle Benachteiligung

Problemfelder: Durchschnittlich schlechtere sozioökonomische Ausgangslage von MigrantInnen, hohe Mietkosten, Diskriminierung auf dem privaten Wohnungsmarkt und im öffentlichen Beihilfensystem

Durchgehend wurde in den Arbeitsgruppen festgestellt, dass es für MigrantInnen in Vorarlberg einen Mangel an finanziell gut leistbaren Wohnungen gibt. Hier schlagen die durchschnittlich größeren Familien, die durchschnittlich schlechtere sozioökonomische Situation, die Benachteiligung im öffentlichen Beihilfensystem sowie die schlechtere Ausgangssituation für MigrantInnen auf dem privaten Wohnungsmarkt (Diskriminierung) zubuche.

Da Wohnungen der Gemeinnützigen Bauträger von den Gemeinden nach sozialen Kriterien vergeben werden, finden sich in diesen Anlagen erwartungsgemäß sozial schwächere Schichten. In diesen sind MigrantInnen in Vorarlberg (und Österreich) überproportional vertreten. Die Konzentration von MigrantInnen in den Anlagen Gemeinnütziger Bauträger müsse in erster Linie als eine Folge der schwächeren sozioökonomischen Situation dieser Gruppe gesehen werden.

Die Ungleichbehandlung von Einheimischen und AusländerInnen im öffentlichen Beihilfensystem (Wohnungsbeihilfe und Wohnungszuschuss) wurde kritisiert.

Verwiesen wurde auch auf das Alleinerzieherinnenproblem und das Faktum, dass Armut heute oft weiblich ist.

Diskutiert wurde auch der Beitrag der hohen Grund- und Baukosten in Vorarlberg zu den hohen Mietkosten.

Lösungsansätze: Aufhebung der Ungleichbehandlung, Entgegenwirken der ethnischen Unterschichtung, Senkung von Baukosten, Antidiskriminierung

Als eine wichtige Möglichkeit, die sozioökonomische Ausgangssituation von AusländerInnen zu verbessern, wurde die Aufhebung der Ungleichbehandlung im Beihilfensystem erachtet. Generell sollte Politik auf allen Ebenen danach trachten, der ethnischen Unterschichtung der Gesellschaft entgegen zu wirken.

Als Lösung für die Senkung von Baukosten, die sich auf die Mietkosten auswirken könnte, wurde die Möglichkeit des „in die Höhe Bauens“ sowie die Suche nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten erwähnt.

Gegen die Diskriminierung von MigrantInnen auf dem privaten Wohnungsmarkt können klarere Antidiskriminierungsgesetze helfen, vor allem aber der Aufbau einer öffentlichen Stimmung, die Diskriminierung verurteilt. Den TeilnehmerInnen war der Langzeitcharakter eines solchen Unternehmens durchaus bewusst.

A.3. Bedürfnisorientierte Planung:

Problemfelder: bedürfnisorientierte und kostenbewusste Planung, fehlende Mitgestaltungsmöglichkeiten, Gemeinschaftsflächen

Die Planung erfolge zuwenig orientiert an den Bedürfnissen der zukünftigen Wohnenden; diese würden auch zuwenig an der Planung beteiligt.

Besonders bei MigrantInnen gebe es einen Bedarf an leistbaren Wohnungen für größere Familien.

Erwähnt wurde auch das Problem der oft zu wenig großzügig oder nicht optimal geplanten Gemeinschaftsflächen, insbesondere auch im Freien, was zu NutzerInnenkonflikten z. B. zwischen spielenden Kindern sowie Jugendlichen einerseits und den ruhebedürftigen Erwachsenen andererseits führen kann.

Lösungsansätze: partizipatives, kooperatives und bedarfsgerechtes Planen und Bauen

Der Bedarf der zukünftigen Wohnenden müsse erhoben werden. Der Wohnbau müsse auf spezifische Bedürfnisse (soziale, kulturelle) reagieren. Für spätere Umbauwünsche sei Vorsorge zu treffen. Der soziale Siedlungsbau sei der falsche Ort, um zu sparen.

Durch Partizipation am Planungsprozess durch die späteren BewohnerInnen könnte eine Identifikation mit der Wohnumgebung geschaffen werden. Die MieterInnen sollten als KundInnen betrachtet werden.

Gemeinschaftsräume und -flächen sollte in der Planung ein besonderes Augenmerk gelten. Sie sollten die Begegnung ermöglichen und unterstützen, aber auch die „irritierenden“ Seiten von Begegnung gering halten (Akustik etc.).

Es wurde auch eine Zusammenarbeit zwischen Mietern, Bauträgern, Architekten und Gemeinden gefordert. So sollten z.B. Treffen mit Wohnungswerbern stattfinden, um Wünsche und Meinungen auszuloten.

B. Sozialräumliche Ebene

B.1. Begegnungsräume und -möglichkeiten

Problemfelder: Fehlende Räume und Anlässe, Nutzungskonflikte

Das Problem des mangelnden Austausches und mangelnder Begegnungsmöglichkeiten zwischen Einheimischen und ZuwandererInnen und im speziellen zwischen den BewohnerInnen von Wohnsiedlungen nahm in allen Arbeitsgruppen viel Raum ein.

Erwähnt wurde auch das Problem der oft zu wenig großzügig oder nicht optimal geplanten Gemeinschaftsflächen, insbesondere auch im Freien, was zu NutzerInnenkonflikten z. B. zwischen spielenden Kindern sowie Jugendlichen einerseits und den ruhebedürftigen Erwachsenen andererseits führen kann. Ein besonders Problem in diesem Zusammenhang ist die „Kulturalisierung“ solcher Konflikte: es geht eigentlich um Kinderlärm, gesprochen wird aber vom Problem, das man mit Ausländern hat.

Lösungsansätze: Schaffung von Begegnungsräumen und -möglichkeiten, sozial-integrative Aktivitäten

Um dem entgegen zu wirken, wird die Schaffung von Begegnungsräumen und -möglichkeiten vorgeschlagen. Diese sind generell relevant für das soziale Klima in einer Anlage, könnten aber auch z. B. für interkulturelle Feste und Treffen genutzt werden.

Gemeinsame Projekte und Feste könnten ein positives Wohnumfeld schaffen.

B.2. Austausch und Kommunikation

Problemfelder: fehlende Kommunikation

Die fehlende Kommunikation unter den BewohnerInnen der Siedlungen stellt für einen großen Teil der TeilnehmerInnen ein relevantes Problem dar. Zu wenig Kontakt führt zu Fremdheit.

Unter diesem Bezug wurden auch fehlende Deutschkenntnisse und sprachliche Schwierigkeiten auf Seiten der MigrantInnen als Kommunikationsbarrieren thematisiert.

Lösungsansätze: Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens, Mediation

Auf Lösungsansätze in diesem Bereich bezog sich eine große Anzahl von Nennungen der TeilnehmerInnen. Vorgeschlagen wurde die Schaffung von Begegnungsanlässen für den Aufbau von gegenseitigem Verständnis und für die Förderung der zwischenmenschlichen Beziehungen. Konkret wurden Begrüßungsversammlungen für Neuzuziehende, regelmäßige Mieterversammlungen, die Veranstaltung von Ideenwerkstätten für die gemeinsame Gestaltung der Siedlung, Austauschbörsen, die gemeinsame Erarbeitung einer Hausordnung etc. vorgeschlagen.

Weitere Ideen bezogen sich auf Treffen, die zur Erweiterung der Kenntnisse der Kultur der jeweils anderen beitragen können, wie auch auf die Organisation niedrigschwelliger Sprachkurse für MigrantInnen.

Ein hohes Potential für eine bessere Stimmung in den Siedlungen wird in der Nachbarschaftshilfe gesehen.

Auch Mediation, Supervision und eine professionelle Betreuung der Siedlung auch in sozialen Belangen wird als sinnvoll angesehen.

B.3. Segregation

Problemfelder: Ethnische Verdichtung, sozioökonomische Schichtung und soziale Durchmischung

Die räumliche Konzentration sozial schwächerer Menschen wird generell und abgesehen von der Frage, ob das AusländerInnen oder InländerInnen betrifft, als problematisch erachtet.

Soziale Benachteiligung hat viele Gesichter; die dazugehörigen Phänomene wie arbeitslose Jugendliche, unbeaufsichtigte Kinder (weil die Eltern im Schichtbetrieb arbeiten), durch Trennung belastete Familien etc. zeigen sich verstärkt in Wohnbereichen dieser gesellschaftlichen Gruppen. Die Präsenz von MigrantInnen in diesen Wohnbereichen diene oft als Blitzableiter oder als schnell herbei gezogene Erklärung für Probleme, die bei genauer Betrachtung andere Ursachen haben.

Diskutiert wurde auch die Frage der „richtigen“ Mischung in Wohnanlagen: Das betreffe nicht nur die Frage des Zusammenlebens von MigrantInnen und Einheimischen, sondern z. B. auch die des Zusammenlebens verschiedener Altersgruppen.

Lösungsansätze: Sensibler Umgang mit sozialer Durchmischung

Zu Lösungsansätzen für dieses Problemfeld, siehe die Lösungsansätze zu 1.1. „Wohnungszuteilung, Durchmischung“ und 2.2. „Fehlender Austausch und fehlende Kommunikation“.

C. Kulturelle Ebene

C.1. Unterschiedliche Lebensstile und kulturelle Hintergründe

Problemfelder: als unvereinbar wahrgenommene kulturelle Unterschiede, fehlende Sprach- und Kulturkenntnisse

Zu diesem Problemfeld wurden irritierende kulturelle Unterschiede, fehlende Sprach- und Kulturkenntnisse auf beiden Seiten sowie als unvereinbar wahrgenommene kulturelle Regeln gezählt.

Vorurteile auf beiden Seiten, mangelnde und fehlende Toleranz gegenüber als Abweichung bewerteten Verhaltensweisen und mangelnder Respekt gegenüber ZuanwenderInnen wurden als problematische, ein konstruktives Zusammenleben erschwerende Werthaltungen aufgezählt.

Die TeilnehmerInnen wiesen darauf hin, dass hinter unterschiedlichen Lebens- und Wohnstilen nicht immer eine unterschiedliche ethnische Herkunft stehen müsse.

Alter könne hier ein Faktor differenter Haltungen und Bedürfnisse sein oder die Frage, ob man als Single oder mit Kindern lebt.

Lösungsansätze: Toleranz gegenüber unterschiedlichen Lebensstilen und -weisen und Unterstützung dieser Haltung durch die öffentliche Stimmung

Es brauche die Akzeptanz aller Seiten für kulturell eigenständige Lebens- und Wohnstile. Diese Akzeptanz müsse ein von der öffentlichen Stimmung gestützter Wert werden, damit man sie vom einzelnen auch wirklich verlangen könne.

Zu konkreten Lösungsansätzen für dieses Problemfeld, siehe die Lösungsansätze zu 2.2. „Fehlender Austausch und fehlende Kommunikation“.

C.2. Wahrnehmung und Stigmatisierung

Problemfelder: Stigmatisierung von Siedlungen und ihre realen Segregierung betreibenden Effekte, Kulturalisierung von Konflikten

Auch Vorarlberg kennt das Problem der Stigmatisierung von Wohnanlagen gemeinnütziger Bauträger mit einem höheren Anteil von Familien ausländischer Herkunft. Diese Stigmatisierung belaste zum einen die BewohnerInnen dieser Siedlungen und setze zudem einen Kreislauf in Gang, der (durch Wegzug der Einheimischen) zu einer noch höheren Konzentration ausländischer Familien in diesen Siedlungen führe.

Als ein Problem in diesem Zusammenhang wurde die „Kulturalisierung“ von Konflikten und Problemen genannt. Probleme würden sehr schnell durch kulturelle Unterschiede und die Fremdheit von Verhaltensweisen erklärt, was verhindere, dass genauer nachgefragt und den Problemen genauer nachgegangen wird. Erklärungsmodelle, die auf Ausländer fokussieren, haben – von einer generellen öffentlichen Stimmung gestützt – eine hohe Plausibilität und erzielen Wirkung bei Entscheidungsträgern. Das verhindere, dass den Ursachen genau nachgegangen wird.

Lösungsansätze: Genauer und vertiefter Blick auf die Probleme, Image fördernde Modellprojekte

Kein Ignorieren der Probleme und Konflikte, jedoch ein genaues Nachfragen und eine genaue Analyse der Ursachen. Implementierung niedrigschwelliger Mediationsformen.

Eine von Politik und anderen Meinungsbildnern getragene öffentliche Stimmung, die keine vorschnelle Kulturalisierung von Ereignissen und Konflikten betreibt und dieser auch entgegen wirkt.

Weiters wurde (wie in anderen Städten bereits realisiert) der Bau von ethnisch gemischten Siedlungen – im Sinne von bewußtseinsbildenden und ein positives Image fördernden Modellprojekten vorgeschlagen.

4. Zusammenfassende Betrachtung

4.1 Synthese der Vorstudien- und Workshop-Ergebnisse nach einem Phasenmodell des Planens und Wohnens

Kenan Güngör, Eva Grabherr, Angelika Würbel

Nachfolgendes Schema fasst die Ergebnisse der Vorstudie für das Programm „Wohnen und Integration“ der Projektstelle sowie die Ergebnisse der Arbeitsgruppen des Workshops vom 27. März in Schloss Hofen strukturiert nach einem Phasenmodell des Wohnens und nach Problem- und Handlungsfeldern sowie Lösungsansätzen zusammen. Die Phasen umfassen das gesellschaftliche und institutionelle Umfeld des Wohnens, die Bauphase, die Wohnungssuche, die Wohnungsvergabe und das Wohnen selbst.

Dieses Schema bildet die inhaltliche Grundlage der Rückvermittlung der Arbeitsergebnisse an Entscheidungsträger des Feldes „Wohnen“ in Vorarlberg Ende dieses Jahres und den Ausgangspunkt für die Entwicklung und Implementierung konkreter Lösungen.

Tabelle: Zusammenfassende Betrachtung der Vorstudien- und Workshop-Ergebnisse nach einem Phasenmodell des Planens und Wohnens

	Problem- und Handlungsfelder	Lösungsansätze
Gesellschaftliches Umfeld	Schwache sozio-ökonomische Ausgangssituation von MigrantInnen	Entgegenwirken der ethnischen Unterschichtung unserer Gesellschaft auf allen dafür relevanten Ebenen
	Schwache Inklusion dieser Bevölkerungsgruppe in die Systeme (Politik und Verwaltung auf allen Ebenen, Planung etc.); daraus folgend wenig „Kapital“ in ihren Händen für die Artikulation von Bedürfnissen und die Durchsetzung von Interessen	
	Diskriminierung von MigrantInnen im öffentlichen Beihilfenwesen und auf dem freien Wohnungsmarkt	Beseitigung der diskriminierenden Bestimmungen Aufbau einer öffentlichen Stimmung, die nicht legitime Diskriminierung verurteilt
	Durch soziale Ungleichheit und Diskriminierung bewirkte räumliche Konzentrationstendenzen und diesbezügliche Irritationen der einheimischen Bevölkerung und Politik Konzentriertes Zusammenleben der sozial schwachen Einheimischen mit sozial schwachen MigrantInnen und damit die Verlagerung der konkreten Auswirkungen von Integrationsdefiziten in das sozial schwache Segment unserer Gesellschaft	Entgegenwirken der ethnischen Unterschichtung unserer Gesellschaft Förderung der sozialen Durchmischung in Siedlungen, Wohnanlagen und Quartieren auf allen dafür relevanten Ebenen (Wohnbauförderung, Wohnungszuteilung etc.)

	Politisch-emotionale Brisanz des Integrationssthemas und dessen Folgen für öffentlich-demokratisch zu rechtfertigendes Handeln	
Bau	Unterschiedliche soziale Gruppen stellen unterschiedliche Anforderungen an den Wohnungsbau	Partizipative Planung unter Einbeziehung der zukünftigen BewohnerInnen (führt zu bedarfsgerechteren Wohnungen und zu einer stärkeren Identifizierung mit der gesamten Wohnanlage) Berücksichtigung unterschiedlicher Wohnbedürfnisse (z. B. durchschnittlich höhere Belegungszahlen der Wohnungen von MigrantInnen) sowie sich im zeitlichen Ablauf verändernder Wohnbedürfnisse (Heranwachsen und Auszug der Kinder, Notwendigkeit eines home-office durch nicht linear verlaufende Berufskarrieren etc.) in der Planung
	Starre Finanzierungsmodelle werden den unterschiedlichen sozioökonomischen Ausgangslagen diverser sozialer Gruppen nicht gerecht	Flexible Finanzierungsmodelle (z. B. flexiblere Gestaltung des Verhältnisses zwischen Eigenmittelanteil und Mietzins)
	Selbstverständnis der Bauträger: Sehen sie sich als „reine“ Bauträger oder auch als Zuständige für das soziale Management der Anlage?	Veränderung des Selbstverständnisses der Bauträger in Richtung „soziales Management“
	Qualität der Gemeinschaftsflächen/gemeinschaftsrelevante Aspekte der Architektur	Besonderes Augenmerk für gemeinschaftsrelevante Aspekte von Planung: hochwertige Gemeinschaftsräume (indoor wie outdoor), aber auch eine Architektur, die die Störfaktoren von Gemeinschaft (z. B. Lärm) minimiert
Wohnungssuche	Diskriminierung von DrittstaatsausländerInnen durch höhere Auflagen für den Zugang zu von Gemeinden nach sozialen Kriterien vergebenen Wohnungen (z. B. wird von Drittstaatsbürgern ein längerer Aufenthalt in der Gemeinde erfordert als von Einheimischen)	Angleichung der Rechte der legal aufhältigen DrittstaatsbürgerInnen zumindest an die Rechte von EU und EWR-BürgerInnen in Österreich
	Diskriminierung von Neo-ÖsterreicherInnen mit Herkunft aus den klassischen „GastarbeiterNationen“ im Bereich der sozial vergebenen Wohnungen in Folge des Versuchs, einer zu starken Konzentration dieser Gruppe in einer Siedlung oder Anlage entgegen zu wirken	
	Diskriminierung von AusländerInnen auf dem privaten Wohnungsmarkt	Aufbau einer öffentlichen Stimmung, die nicht legitime Diskriminierung verurteilt

Wohnungsvergabe	Konzentration von sozial schwächeren Mitgliedern der Gesellschaft (migrantischer Herkunft wie Einheimische) in Anlagen des sozialen Wohnungsbaus durch Zuweisung der Wohnungen nach sozialen Kriterien durch die Gemeinden	Bessere soziale Durchmischung durch Förderpolitik und eine aufmerksame Wohnungsvergabepaxis (erfordert die Erarbeitung von Kriterien für eine positive soziale Durchmischung)
	Zunahme der Anfrage von DrittstaatsbürgerInnen und NeoösterreicherInnen aus den klassischen „Gastarbeiter“-Nationen nach Sozialwohnungen in den Anlagen der Gemeinnützigen Bauträger; Konfrontation der Wohnungsverwaltung und -politik auf Gemeindeebene mit einem Ressourcenkampf der sozial schwächeren Einheimischen gegen die neu in das soziale Wohlfahrtssystem aufzunehmenden Mitglieder unserer Gesellschaft	Stützung der Wohnungsämter durch die gemeinsame Erarbeitung von Kriterien für eine positive soziale Durchmischung, durch Schulung und Vernetzung der Bediensteten sowie die Abstützung durch klare, faire auf soziale Ausgewogenheit und Nicht-Diskriminierung zielende Vorgaben der Politik
	Der Faktor der Zuweisung von Wohnungen kann die Identifikation mit der Gesamtanlage erschweren. (Was sich Menschen selbst aussuchen, wird grundsätzlich auch mehr geschätzt. Über das, was man sich selbst ausgesucht hat, kann man sich auch weniger bei Politik und Verwaltung beschweren.)	Arbeit am Image von Siedlungen; Hervorhebung der Besonderheiten und Qualitäten und Information darüber in Form von Broschüren oder anderer Medien
Wohnen	Wohnungsverwaltung wird zu stark technisch verstanden im Sinne der materiellen Erhaltung der Anlage	Wohnungsverwaltung sollte auch im Sinne einer „sozialen Wartung“ einer Siedlung verstanden werden (z. B. Entwicklung einer Kultur der Begrüßung in einer Wohnanlage; Zusammenwirken von Hausverwaltung, Gemeinde und Siedlungsgemeinschaft im Lösen niedrigschwelliger Probleme; Installierung und Förderung einer siedlungsinternen niedrigschwelligen Struktur für die Aktivierung und Stützung des nachbarschaftlichen Potentials und die Vermittlung in Konflikten)
	Unaufmerksam gestaltete und leblose Gemeinschaftsräume	Belebung von Gemeinschaftsräumen durch Ermunterung und die Beseitigung von Schranken, die ihre Nutzung behindern
	Keine funktionierenden Nachbarschaften, wenig Möglichkeiten für Gemeinschaftsbildung	(siehe oben)

„Kulturalisierung“ von Konflikten zwischen Einheimischen und MigrantInnen

Sorgfältiger Umgang mit Irritationen und Konflikten und genaue Analyse der Ursachen; keine Akzeptanz für ein vorschnelles Verschieben der Ursachen auf die kulturelle Ebene

Aufmerksamkeit für Anliegen auch sozial schwächerer Mitglieder der Gesellschaft mit weniger „politischem“ und anderem Kapital für die Artikulation von Bedürfnissen und Interessen auf Seite der gesellschaftlichen Entscheidungsträger; wirkt dem Ressourcenkampf in diesem sozialen Segment (z. B. von Einheimischen gegen Migranten) entgegen.

Anhang

Programm des Workshops

„okay. zusammen wohnen / Wohnen und Integration in Vorarlberg“

27. März 2003, Schloss Hofen (Lochau)

„Wohnen und Integration“ in Vorarlberg

Dr. Eva Grabherr, Geschäftsführerin „okay. zusammen leben/Projektstelle für Zuwanderung und Integration“

Soziale und auf Gemeinschaft bezogene Aspekte in der Wohnbauarchitektur

Architekt Univ. Prof. Dietmar Eberle; ETH Zürich, Architekturgemeinschaft Baum-schlager/Eberle, Lochau

Integrale Stadtentwicklung und Integration

Lydia Buchmüller; Stabstelle Amtsleitung HPA-P, Hochbau und Planungsamt Kanton Basel-Stadt (Programm „Integrale Aufwertung Kleinbasel“), seit Juni 2003 Stad-tammännin Stadt Arbon

Vorstellung des geplanten Integralen Siedlungs-, Mediations- und Partizipationsprojekts (ISMP) der Projektstelle „okay. zusammen leben“

Dipl. Soz. Kenan Güngör, base. Büro für Angewandte Sozialforschung und Entwick-lung, Basel

Diskussion der Beiträge

Arbeitsgruppen zum Thema:

Wo liegen aus der Sicht der Workshop-TeilnehmerInnen bezogen auf das Thema „Wohnen und Integration“ Probleme, Bedürfnisse und Potentiale und welche Handlungsansätze ergeben sich daraus?

Vorstellung der Plattform „Interkultureller Dialog im Bodenseeraum“

Dipl. Ing. Ernst Schwald, Bodensee Akademie, Dornbirn

Apéro

Inhalt des Readers zum Workshop „okay. zusammen wohnen“

(Interessierte, die nicht an diesem Workshop teilgenommen haben, können diesen Reader bei „okay. zusammen leben“ anfordern: office@verein-aktion-mitarbeit.org)

*okay. zusammen leben / Projektstelle für Zuwanderung und Integration
(Projektstellenportrait)*

*okay. zusammen wohnen / Workshop zum Thema „Wohnen und Integration“
(Programm, ReferentInnen, TeilnehmerInnen)*

*okay. zusammen wohnen / Ein Empowerment und Beteiligungsprojekt für die sozialräumliche Aufwertung von Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus unter besonderer Berücksichtigung von Fragen des Zusammenlebens von Einheimischen und MigrantInnen in Vorarlberg
(Konzept/Kurzform)*

*Josef Kohlbacher/Ursula Reeger (2003): Die Wohnsituation von AusländerInnen in Österreich. (Erscheint in: Heinz Fassmann/Irene Stacher, Hg.: Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht, Klagenfurt/Celovec: Drava-Verlag.)
Die Vorveröffentlichung dieses Textes in unserem Reader ermöglichte uns das Österreichische Forum für Migrationsstudien. Wir danken der Geschäftsführerin, Mag. Irene Stacher.*

Michael Arend (2002): Der Beitrag der Stadtplanung und der Wohnungspolitik zur Integration von Migranten in der Schweiz, in: Heinz Fassmann/Josef Kohlbacher/Ursula Reeger, Hg. (2002): Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich, Klagenfurt/Celovec: Drava-Verlag, 161-177.

Josef Kohlbacher/Ursula Reeger (2002): Ethnische Segregation aus der Perspektive der Migranten – gruppenspezifische Einstellungen, Wahrnehmungen und Erfahrungen von Ausländern in Wien, in: Heinz Fassmann/Josef Kohlbacher/Ursula Reeger, Hg. (2002): Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich, Klagenfurt/Celovec: Drava-Verlag, 233-255.

best-practice: Stiftung Domicil / Wohnkultur Zürich.

TeilnehmerInnen des Workshops

Hildegard Amann, Stadtvertretung, Dornbirn, Österreich
Paul Ammann, BM, Gemeindeamt Ludesch, Ludesch, Österreich
Roland Andergassen, Dr., Amt der Stadt Dornbirn, Abt. Bildung, Erziehung und Interkulturelle Angelegenheiten, Dornbirn, Österreich
Vahide Aydin, DSA, Institut für Sozialdienste, Beratungsstelle Bregenz, Bregenz, Österreich
Markus Berchtold, Arch., Vorarlberger Architekturinstitut, Dornbirn, Österreich
Martin Bitschnau, Dipl. Ing., Amt der Stadt Hohenems, Stadtplanung, Hohenems, Österreich
Brigitte Bitschnau-Canal, Amt der Vorarlberger Landesregierung, Vorum. Forum für Gemeindeentwicklung in Vorarlberg, Bregenz, Österreich
Armin Breuß, Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abteilung für Innere Angelegenheiten Gastarbeiterreferat, Bregenz, Österreich
Christian Breuss, Gemeindeamt Rankweil, Sozialabteilung, Rankweil, Österreich
Simon Burtscher, „okay. zusammen leben / Projektstelle für Zuwanderung und Integration“, Dornbirn, Österreich
Philippe Cabane, Soziologe und Stadtentwickler, Basel
Sadettin Demir, IfS-Beratungsstelle Feldkirch, Feldkirch, Österreich
Andreas Deuring, Dipl. Ing., Amt der Stadt Hohenems, Stadtplanung, Hohenems, Österreich
Barbara Dusek, Geschäftsstelle Bodensee Agenda 21, c/o Regierungspräsidium Tübingen, Tübingen, Deutschland
Margarethe Engler, Amt der Stadt Bregenz, Sozialamt, Bregenz, Österreich
Daniela Grabher, Mag., Österreichisches Ökologie-Institut, Bregenz, Österreich
Eva Grabherr, „okay. zusammen leben / Projektstelle für Zuwanderung und Integration“, Dornbirn, Österreich
Artur Gruber, Wohnbauselbsthilfe Vorarlberger gemeinnützige reg. Gen.m.b.H., Bregenz, Österreich
Kenan Güngör, Soziologe, base. Büro für Angewandte Sozialforschung und Entwicklung, Basel, Schweiz
Necla Güngörmüs, „okay. zusammen leben / Projektstelle für Zuwanderung und Integration“, Dornbirn, Österreich
Birgit Guerrazzi, FEMAIL. Fraueninformationszentrum e.V., Feldkirch, Österreich
Ernst Hagen, Labg., Amt der Vorarlberger Landesregierung, Bregenz, Österreich
Marianne Hammermann, DSA, IFS-Beratungsstelle, Bregenz, Österreich
Frank Hartmann, Dr., EMPA, Eidgenössische Materialprüfu. Forschungsstelle, St. Gallen, Schweiz
Martin Hebenstreit, Mag., Sozialsprengel Leiblachtal, Hörbranz, Österreich
Kaspar Hug, Abteilungsleiter Wohnbauförderung, Baudepartement Kanton St. Gallen, St. Gallen, Schweiz
Armin Kloser, Verein Sozialsprengel Hard, Hard, Österreich
Helmut Kopf, Verein Sozialsprengel Hard, Hard, Österreich
Franz Krämer, Staatl. Übergangwohnheim Weingarten, Weingarten, Deutschland
Hermann Lampert, GMrat, Rankweil, Österreich
Heiko Leonhard, Geschäftsführer der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Lindau, Lindau, Deutschland
Hans-Peter Lorenz, Dr., VOGEWOSI Vorarlberger gemeinnützige Wohnungsbau. Siedlungsgesellschaft m.b.H., Dornbirn, Österreich

Franz Lutz, Frastanz, Österreich
Edgar Mayer, Amt der Stadt Feldkirch, Abteilungsleiter Bürgerservice, Feldkirch, Österreich
Hermann Mayer, IFS-Beratungsstelle, Menschengerechtes Bauen, Götzis, Österreich
Christoph Meusburger, Gemeindeamt Hard, Sozialabteilung, Hard, Österreich
Nathalie Mil, Metron Raumentwicklung AG, Brugg, Schweiz
Wilhelm Muzyczyn, Ing., Alpenländische Heimstätte gemeinnützige Wohnungsbau. Siedlungsges.m.b.H. VlbG., Feldkirch, Österreich
Gabi Nussbaumer, Labg., Dr., Amt der Vorarlberger Landesregierung, Bregenz, Österreich
Elisabeth Planinger, Amt der Stadt Dornbirn, Abt. Bildung, Erziehung und Interkulturelle Angelegenheiten, Dornbirn, Österreich
Gabi Plaschke, Sozialsprengel Leiblachtal, Hörbranz, Österreich
Udo Oehme, Architekturbüro, Radolfzell, Deutschland
Herbert Rapp, Deutschland
Monika Reis, Labg., Amt der Vorarlberger Landesregierung, Bregenz, Österreich
Ulrike Rieseder-Al-Dubai, Mag., BIK – Initiative für bikulturelle Familien. Lebensgemeinschaften, Bregenz, Österreich
Wolfgang Ritsch, Arch., Dornbirn, Österreich
Werner Rusch, Wohnbauselbsthilfe Vorarlberger gemeinnützige reg.Gen.m.b.H., Bregenz, Österreich
Manuela Schallert, Gemeindeamt Nüziders, Nüziders, Österreich
Eveline Scheidbach, Amt der Stadt Feldkirch, Bürgerservice-Fachbereichsleiterin Wohnen, Feldkirch, Österreich
Antonia Semberger, Gemeinschaft der Kroaten in Vorarlberg, Hohenems, Österreich
Willi Sieber, Mag., Österreichisches Ökologie-Institut, Bregenz, Österreich
Xaver Sinz, BM, Gemeindeamt Lochau, Lochau, Österreich
Ilse Sonderegger, Gemeindeamt Rankweil, Wohnen, Umwelt, Rankweil, Österreich
Roswitha Steger, Stadtvertretung, Bregenz, Österreich
Djordjo Stojanovic, Stadtvertretung, Bregenz, Österreich
Elisabeth Strauss, „okay. zusammen leben / Projektstelle für Zuwanderung und Integration“, Dornbirn, Österreich
Urania Tsukalas, Frauengetriebe Bregenz, Lochau, Österreich
Sibel Uysal, Autonomes Jugend- und Kulturzentrum KONKRET, Hohenems, Österreich
Ingrid Vogel, Sozialsprengel Leiblachtal, Hörbranz, Österreich
Toni Vogler, Regionaler Planungsverband Allgäu, Kempten, Deutschland
Manfred Walser, Institut für öffentliche Dienstleistungen und Tourismus, Universität St. Gallen, Schweiz
Katharina Wiesflecker, Labg., Landtagsklub der Grünen, Bregenz, Österreich
Bruno Winkler, Rath & Winkler, Projekte für Museum und Bildung, Schruns, Österreich
Nicole Wirz, Arch., Metron Raumentwicklung AG, Brugg, Schweiz
Monika Wirz, Quartierarbeit Birch, Schaffhausen, Schweiz
Angelika Würbel, IFS-Beratungsstelle Bregenz, Bregenz, Österreich
Monika Zitta, Dr., Psychotherapeutin, Bregenz, Österreich
Gabriele Zobel, Stadtteilmanagerin für den Ortsteil Zech, Lindau, Deutschland
Patrick Zobel, Landratsamt Lindau, Kreisjugendamt, Lindau, Deutschland
Aris Zois, Arch., Graz, Österreich
Waltraud Zudrell, Dr., VOGEWOSI Vorarlberger gemeinnützige Wohnungsbau. Siedlungsgesellschaft m.b.H., Dornbirn, Österreich

AutorInnen / Vortragende

Simon Burtscher, Soziologe, okay. zusammen leben / Projektstelle für Zuwanderung und Integration, Dornbirn

Dietmar Eberle, Architekt, Architekturgemeinschaft Baumschlager/Eberle, Lochau, und ETH Zürich

Eva Grabherr, Historikerin und Judaistin, okay. zusammen leben / Projektstelle für Zuwanderung und Integration, Dornbirn

Kenan Güngör, Soziologe, base. Büro für Angewandte Sozialforschung und Entwicklung, Basel

Philippe Cabane, Soziologe und Stadtentwickler, Basel

Angelika Würbel, Sozialarbeiterin, IfS / Abteilung „Soziale Wohnformen“, Bregenz